

Unser aller Wohlergehen

Zu: „Unzulässige Polizeigewalt“, FR-Meinung vom 23. September

Mal wieder ein Fall von unzulässiger und schlimmer Polizeigewalt gegen linke politische Demonstranten, und wieder in Hamburg. Leider handelt es sich nicht um einen Einzelfall, der die rechtsstaatliche Zuverlässigkeit bestimmter Polizeibeamten bezweifeln lassen muss. Die Mehrheit der eingesetzten Polizisten hat sich wohl meistens korrekt, deeskalierend und verhältnismäßig verhalten. Aber Vorgänge wie in Hamburg sind bei der Staatsgewalt leider öfters zu registrieren. Ich erinnere mich noch an die Vorgehensweise in einer ostdeutschen Stadt, bei der Geflüchtete in einem Bus von einem gewalttätigen braunen Mob bedroht wurden und die Polizei tatenlos danebenstand.

Demonstranten nehmen ein Grundrecht wahr und setzen sich wie bei der in Rede stehenden Demo zum Weltklimagipfel für unser aller Wohlergehen ein. Sie haben es nicht verdient, wie etwa in Polizeistaaten, bei Wahrnehmung ihres Grundrechtes auf Demonstrationsfreiheit misshandelt zu werden. Bei der Polizei, siehe Frankfurt am Main, gibt es offensichtlich mehr Rechte als bisher angenommen. Sie haben im Polizeidienst nichts zu suchen, denn sie untergraben das Vertrauen in den Rechtsstaat. Aufklärung der skandalösen Vorfälle tut jetzt Not – und wohl auch gegebenenfalls mit einem Untersuchungsausschuss in Hamburg.

Manfred Kirsch, Neuwied

Jury sollte sich schämen

Kamila Shamsie: „Im Namen von Nelly Sachs“, FR-Feuilleton vom 25.9.

Im Gegensatz zu Herrn Nutt finde ich es empörend, Frau Shamsie den Nelly-Sachs-Preis wieder abzuerkennen. Nicht die BDS-Bewegung ist aggressiv, sondern die israelische Besatzungs- und Annektionspolitik. BDS ist praktisch das gleiche wie die Sanktionspolitik der USA und Europas gegen Russland – nur durch Zivilisten statt Politiker und obendrein gänzlich ohne militaristische Aufrüstung und Drohungen. Im Übrigen ist sie auch nicht anti-israelisch, sondern gezielt gegen die menschenrechtsverachtende Politik Israels gewendet.

Ich würde mich freuen, wenn Herr Nutt da deutlich differenzieren würde. Sie müssen nicht dem pauschalisierenden Teil der veröffentlichten Meinung à la Zentralrat, Bundestagsmehrheit mit ihrer skandalösen Mehrheitsentscheidung im Mai und „unserem“ Antisemitismusbeauftragten Felix Klein folgen!

Die Jury der Stadt Dortmund sollte sich schämen. Frau Sachs wird sich im Grab umdrehen vor so viel Duckmäusertum.

Hannah Erben-Wunder, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

FR ERLEBEN

Thomas Kaspar moderiert eine Diskussion über und mit dem britischen Publizisten und Kapitalismuskritiker Paul Mason („Klare, lichte Zukunft“), der einen Vortrag (englisch) zur Frage hält, ob neue Technologien zu einer sozialen Revolution führen. Fragen können auf Deutsch gestellt werden. Eintritt frei, Anmeldung nicht erforderlich.
Montag, 30. September, 19.30 Uhr Hochschule Sankt Georgen, Offenbacher Landstr. 224, Frankfurt

Bascha Mika moderiert die Diskussionsveranstaltung des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels „Wen interessieren Werte? Zur Relevanz der Kultur in politischen Entscheidungen“. U. a. mit Jagoda Marinic.
Sonntag, 6. Oktober, 20 Uhr Schauspiel Frankfurt, Neue Mainzer Straße 17, Frankfurt

Lutz „Bronski“ Büge liest im Rahmen des Offenbacher Stadtlesens aus seinem neuen Roman „Incubus - Virenkrieg III“.
Freitag, 18. Oktober, 18 Uhr Bühne auf dem Aliceplatz, Offenbach

Thomas Kaspar spricht im Rahmen von „Open Books“ mit den Autorinnen Sarah Spiekermann und June Perry über deren Bücher „Digitale Ethik“ und „Lifehack“.
Samstag, 19. Oktober, 20 Uhr Historisches Museum, Saalhof 1, Frankfurt

Bernd Hontschik liest aus seinem Buch „Erkranken schadet der Gesundheit“, das auf seinen Kolumnen für die FR beruht.
Anschließend Diskussion.
Donnerstag, 24. Oktober, 18.30 Uhr Bürgerinstitut, Oberlindau 20, Frankfurt

Das soll ein Paradigmenwechsel sein?

Zu: „Haben Paradigmenwechsel eingeleitet“ FR-Thema des Tages vom 24. September

Leider gibt es keine Lobby für Klimaschutz

Lieber Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben leicht reden. Ihre politische Karriere ist quasi passé. Es überrascht Sie, wie heftig die Kritik auf das Klimapakete niederschlagen? Mich macht es faszinierend, wie Sie und Ihre Verhandlungspartner behaupten, es sei etwas dabei herumgekommen. Einen „Paradigmenwechsel“ wollen Sie eingeleitet haben, in Wirklichkeit ändert sich wenig. Tiefgreifende Rahmenveränderungen gibt es in Ihrem Beschluss nicht! Sie machen mich wütend mit Ihrer Heuchelei über Klimaschutz. Würde jener Ihnen am Herzen liegen, führen bald nur noch die Hälfte aller deutschen Autos auf unseren Straßen, wären Innenstädte autofrei und fahrradfreundlich, der ÖPNV kostenlos und Unternehmen, die maßgeblich zum deutschen Emissionsausstoß beitragen, reguliert und besteuert. Innovation fordert Investition und keine „schwarze Null“, wie vom SPD-Finanzminister gepredigt. Als sei der Staat ein Unternehmen, welches an Gewinn gebunden ist. Mehr Verantwortung für die Menschen anstatt für Lobbyisten erwarte ich mir!

Eine hohe CO₂-Bepreisung mag für Sie und einige Lobbyisten „brandgefährlich“ sein, sie ist dennoch von Nöten! Ich gebe Ihnen Recht, damit allein ist die Welt nicht gerettet, wenn dieses Geld nicht in den ohnehin vollen Staatskassen vergammelt jedoch schon ein wenig besser.

Wissenschaftler tragen keine Verantwortung für den Zusammenhalt einer Gesellschaft, sagen Sie. Politiker offensichtlich auch nicht, wenn ich mir die Ergebnisse des „Klimagipfels“ ansehe. Der Unterschied besteht allerdings darin, dass unsere Wissenschaft faktenorientiert handelt und dadurch die Forschung voranbringt, während die Politik auf monetäre Geheiß hin blind mit dem Ruderboot in Richtung Abgrund steuert.

Leider gibt es keine Lobby für Wissenschaft. Leider gibt es

keine Lobby für Klimaschutz. Leider gibt es auch keine Lobby für rationales Handeln.

Sie und Ihre Kollegen haben ein „Klimapakete“ geschaffen, das weder einen Fortschritt, noch einen Kompromiss für die Menschen bedeutet. Das „Klimapakete“ ist ein Kompromiss zugunsten der deutschen Unternehmenskultur und zuungunsten des Klimas. Kampf gegen Klimawandel tut weh. Er heißt Verzicht und erfordert eine Wende. Diese Wende darf nicht hinausgezögert werden, wenn im Interesse der Gesellschaft gehandelt werden soll. Stoppen Sie Subventionen für Kohle, verlagern Sie Arbeitsplätze in zukunftsorientierte Branchen und treffen sie nachhaltige Entscheidungen. Wachen Sie auf und verteidigen Sie kein „Klimapakete“, welches seinen Namen nicht verdient!

Marius König, Frankfurt

Es fehlt an Willen, nicht an Geld

Seit wann macht sich die SPD Sorgen darum, „dass alle Menschen in diesem Land mitgehen können“? Auch wenn Herr Schäfer-Gümbel diesmal die Klimapolitik der Groko und nicht die Agenda 2010 meint.

Die Politiker der Regierung (und der Regierungsparteien) sind vom Grundgesetz dazu verpflichtet, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden. Umso mehr dann, wenn sie einen Anfangsschaden bereits zu verantworten haben (hier: verfehlte Klimaziele). Wenn man darauf wartet, bis alle Menschen dabei mitgehen, wird das nie was! Es ist Aufgabe der Politik, den Bürgern den Ernst der Lage klar zu machen. Alle Erkenntnisse dazu sind vorhanden! Man muss ihnen dann nur auch eindringlich mitteilen, dass es so nicht weitergehen kann, und dass sie sich beteiligen und mit persönlichen Einschnitten rechnen müssen. Feigheit vor dem Wähler und lieber den Kopf in den Sand stecken nützen da nichts! Da muss man schon den Kampf gegen die

Lobbyisten aufnehmen. Aber wer von unseren maßgeblichen Politikern sollte das wohl vorangehen, wer nur?

Aus Frust habe ich deshalb das Kinderlied „Alle meine Entchen“ umgetextet in: „Pillepalle Groko schwimmt wie eh und je, Klima unter Wasser, CO₂ in die Höh“.

Am Geld fehlt es sicher nicht, hier nur einige mögliche Quellen: sämtliche klimaschädlichen Subventionen streichen (laut Umweltbundesamt im Jahr 2012 als untere Grenze immerhin 57 Mrd. Euro). Erhöhung des Militäretats rückgängig machen (für 2018 immerhin ca. 47 Mrd. mit dem Ziel den Etat mittelfristig auf zwei Prozent des BIP aufzustocken. Das wären dann 85 Mrd.). Austrocknung der Steueroasen (laut Paradise Papers etwa 17 Mrd. jährliche Verluste für Deutschland. Sven Giegold, MdEP von den Grünen, schätzt, dass allein in der EU die staatlichen Einnahmeverluste durch Steuerflucht und Schattenwirtschaft 1000 Mrd. Euro pro Jahr betragen). Ein Großteil der deutschen Entwicklungshilfe von zehn Mrd. jährlich geht an Großkonzerne (Gentechnik von Bayer und Monsanto, Pizzen von Dr. Oetker für Ostafrika – Arte 2017 „Konzerne als Retter – das Geschäft mit der Entwicklungshilfe“) und vieles mehr.

Weiter sollte man zur Abmilderung der extremen Ungleichheit in Deutschland folgende Schritte einleiten: Transaktionssteuer einführen. Vermögenssteuer erheben (laut SPD sind zehn Mrd. drin). Erbschaftssteuer erhöhen, und entsprechende Freibeträge kürzen. Erhöhung der Spitzensteuersätze auf Einkommen und Kapitaleinkommen (war ja alles schon einmal da, es muss nur wieder gewollt werden). Alle möglichen Quellen ausgeschöpft, käme sicherlich einiges mehr als 150 Mrd. Euro im Jahr zusammen, die für eine echte (!) Klimapolitik zur Verfügung stehen könnten. Matthias Wooge, Neu-Isenburg

Diskussion: frblog.de/klimastreik

Der Preis der Klimarettung

Erwiderung auf „Sinnvolle Ansätze“ zum Thema Verbote in der Klimapolitik, Leserforum vom 21. September

Ulrich Munkert bringt die Hoffnung der Mehrheit auf den Punkt: Zur Klimarettung sollen „viele gute Fachleute“ „wirkliche grüne, sinnvolle Ansätze“ vorschlagen, wobei sie nicht „immer über Verbote sprechen“, allenfalls bei „reinen Steingärten“. Aber diese Hoffnung trägt, denn die Fachleute wie FDP-Chef Lindner sehen neoliberal verblendet nur auf wirtschaftliches Wachstum und mehr gut bezahlte Arbeitsplätze. „Sinnvolle Ansätze“ für die Klimarettung kommen so nicht in Betracht: kräftige Besteuerung von Flugbenzin, Mehrwertsteuer und CO₂-Aufschläge für Flüge, Luxussteuern und starke Steigerung von Kfz-Steuern auf schwere Spritfresser sowie ange-

messene Haftpflichtversicherung für Waffenprodukte würden nichts verbieten, sondern nur das Wachstum der Branchen umkehren und massenhaft Arbeitsplätze kosten. Hartz IV müsste einer ordentlichen Grundsicherung weichen, Mieten drastisch gesenkt werden, die Staatsverschuldung bis zu gelegentlichen Staatsbankrotten ausgeweitet und damit eine konsequente Umverteilung von oben nach unten organisiert werden.

Diese Entwicklung könnte gedämpft werden, wenn die Rüstungs-, Flug- und Automobilbranchen transformiert würden, um wirklich Sinnvolles zu leisten: Zum Beispiel das steigende Meerwasser entsalzen und

ins Grundwasser pumpen, nicht nur im reichen Norden, sondern im verdurstenden Dürregürtel der Erde; nicht nur ein paar mehr Bäume pflanzen in Großstädten, sondern Flächen wie die Sahara aufforsten; preiswerte Solarenergie installieren in äquatorialen Zonen etwa durch Parabolrinnentechnik, die zugleich zur Entsalzung verwendbar wäre. Speziell die Autobranche, die bisher unbelehrbar nicht nur auf mehr Umweltzerstörung, sondern auch auf ihre eigene Detroitisierung hinarbeitet, wäre gut beraten, sich rechtzeitig ein zweites Standbein in Umwelttechnik zu schaffen, um den Preis der Klimarettung zu verringern.

Friedrich Gehring, Backnang